

# Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Verlag  
Tageblatt, Riesa.

Amtsblatt

Samstagshefte  
Nr. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 109.

Dienstag, 15. Mai 1894, Abends.

47. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Vorabnahme in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der k. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigenannahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kastanienstraße 59. — Für die Redaction verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

## Freiwillige Gutsversteigerung.

Auf Antrag der Erben des verstorbenen Gutsbesizers **Franz Eduard Riebling** in **Unterreußen** sollen die zum Nachlass gehörigen Grundstücke Fol. 6 des Grund- und Hypothekenbuchs für Unterreußen Oshager Anth. und Folium 576 desjenigen für Strehla, Nr. 19 des Grundkatasters für Unterreußen, welche 37 ha 48 a — 67 Acker 217 □ R. Fläche enthalten, mit 998,00 Steuerseinheiten belegt sind, einschließlich des in einem besonderen Verzeichnisse aufgeführten mit zur Versteigerung gelangenden lebenden und todtten Wirtschaftsinventars auf 87,130 Mt. gewürdet worden sind,

**Mittwoch, den 30. Mai 1894,**  
**Vormittags 11 Uhr**

im Nachlassgrundstücke in Unterreußen durch das unterzeichnete Amtsgericht meistbietend versteigert werden.

Die Versteigerungsbedingungen sowie das Verzeichniß des mit zur Versteigerung gelangenden Inventars können im Nachlassgrundstücke und an Amtsgerichtsstelle eingesehen werden.  
Riesa, den 4. Mai 1894.

Königl. Amtsgericht.  
Kommissionär **Sinz.**

Sch.

## Kirchsen-Verpachtung.

Die diesjährige Kirchsenmugung in der hiesigen **Mittergutsflur** und auf der **Pauscher-Chaussee bis zum Wenzstein**, soll **Donnerstag, den 24. Mai 1894** Nachmittags 2 Uhr, in der Rathsherrenstube versteigert werden.

Auswahl unter den Bietern bleibt vorbehalten. Die Pachtbedingungen können hier eingesehen werden.

Riesa, am 15. Mai 1894.

Der Stadtrath.

J. A. F. Grundmann, Stadtrath.

Druck.

## Tagesgeschichte.

Dieser Tage ist der im Auftrag der nationalliberalen Partei herausgegebene Bericht über die Reichsgesetzgebung in der zweiten Session der IX. Legislaturperiode (1893/94) jetzt erschienen. Es ist ein ziemlich starkes Pöft, dessen größerer Umfang sich aus der Wichtigkeit der dargestellten Gegenstände, namentlich der Handelsverträge und der Finanz- und Steuerreform, erklärt. In einigen Schlussbetrachtungen heißt es: Der einzige große positive Erfolg waren die Handelsverträge, deren Zustandekommen von außerordentlich bestigen Kämpfen, von einer bedenklichen Erregung der Gegensätze und Leidenschaften und von manchen Erscheinungen begleitet war, die auf tiefe Störungen in unserem politischen Leben hinwiesen. Die Kämpfe zwischen den wirtschaftlichen Interessen waren noch niemals mit solcher Leidenschaft ausgefochten worden, und es wird lange dauern, bis hier wieder Versöhnung und Verständigung eintritt. Es waren grundverschiedene Mehrheiten gewesen, welche bei entscheidenden Abstimmungen den Ausschlag gaben, bald die Rechte, bald die äußerste Linke. Eine sichere Reichstagsmehrheit, mit der eine feste, zielbewusste Politik getrieben werden kann, ist nicht vorhanden. Eine bedauerliche Erscheinung war die andauernde Beschlussunfähigkeit des Reichstags. Mit Ausnahme einzelner großer Abstimmungen, wo allerdings ein fast vollzähliges Haus sich versammelte, war der Besuch andauernd ein überaus spärlicher; die wichtigsten Verhandlungen fanden vor leeren Bänken statt, und fortwährend mußten Rücksichten in der Geschäftsabhandlung genommen werden, um nicht Auszählungen hervorzarufen. Ueber die Finanz- und Steuerreform, wie sie nach den Verhandlungen und Entschliessungen des Reichstags sich darstellt, wird bemerkt: Die Reform der Börsensteuer war der einzige dürftige Gewinn des großen Steuerfeldzuges. Der Reformplan war aber nicht endgiltig abgelehnt (das ist bei dem Zwang der Thatfachen nicht möglich) sondern nur vertagt. Was im Reich zur Bestreitung seiner Bedürfnisse nicht aufzubringen ist, das müssen eben die Einzelstaaten herbeischaffen, und sie sind dazu nach Lage ihrer Finanz- und Steuerverhältnisse nicht mehr im Stande. Der Druck auf den widerwilligen Reichstag muß von den Einzelstaaten ausgehen und wird sicher nicht ausbleiben. Es hat sich schon im bisherigen Verlauf der Angelegenheit eine starke Verschiedenheit zwischen den Vertretungen der Bundesstaaten und des Reichs in der Auffassung der Steuerfrage geltend gemacht, und wir werden die Wirkung erleben, wenn erst in den Haushaltungen der Einzelstaaten die harten Thatfachen handgreiflich hervortreten. Die Schönsüßbereien und Staatskünstelchen, mit denen der Abg. Richter das Deficit hinwegzuzaubern suchte, werden sich rasch in ihrer ganzen Verheit entthüllen. Die Bundesstaaten kämpfen alle jetzt schon mit Fehlbeträgen; die direkten Steuern sind überall bereits bis zu einem Maas gesteuert, daß die mittleren Stände, auf denen das Schwergewicht der Belastung ruht, schlechterdings nicht mehr fähig sind, noch mehr zu leisten. Andere Steuerquellen von irgend welcher Ergiebigkeit aber sind für die Einzelstaaten nicht vorhanden. Daraus muß eine Nothlage entstehen, die mit der Zeit geradezu die Lebensfähigkeit man. entlich der kleinen Bundesstaaten bedrohen würde.

**Deutsches Reich.** Am Pfingstsonntag Mittag ist in Berlin der bekannte Geschichtsforscher und Diplomat **Kurt v. Schöler** gestorben. Schöler, der am 5. Januar 1822 zu Lübeck geboren wurde, und somit ein Alter von

72 Jahren erreicht hat, widmete sich in Göttingen, Bonn und Berlin orientalischen und historischen Studien, deren reiche Ergebnisse er in einer Anzahl größerer und kleinerer Schriften niedergelegt hat. Später trat er in den preussischen diplomatischen Dienst, wurde zunächst Geschäftsträger in Rom, dann Ministerresident des Norddeutschen Bundes in Mexico, 1871 deutscher Gesandter in Washington und schließlich preussischer Gesandter beim päpstlichen Stuhl in Rom, wo er seine Hauptaufgabe, die Beilegung des Kulturkampfes in Preußen-Deutschland mit dem Vatikan glücklich löste. Unter dem neuen Kurse zog er sich ins Privatleben zurück, wie die Bismarck-Fronte behauptet, gegen seinen Willen durch Intriguen zu diesem Schritte bewogen. Schöler war ein Mann von einer Urbanität der Umgangsformen und von einer so umfassenden Bildung, wie sie sich auch in seinen Kreisen nur wenige Personen anzueignen vermochten. Sein reiches Wissen und sein offener Blick befähigten ihn, vorurtheilslos an die die neue Zeit bewegenden Fragen heranzutreten und den Gestaltungen der modernen Geseuschaft Verständnis entgegenzubringen. Er war ein ganz moderner Geist mit klassischer Bildung.

Die Vorbeeren, welche die Polen in unsern östlichen Provinzen im Kampf um ihre nationalen Ansprüche gepflückt haben, lassen die Dänen in Nordschleswig nicht schlafen. Im Abgeordnetenhaus brachten noch kurz vor der Vertagung die beiden dänischen Abgeordneten zwei Anträge ein, von denen der erste eine Aenderung der Landgemeindevorordnung der Provinz Schleswig-Holstein bezweckt. Für die Wahl der Gemeindevorsteher soll die Bestätigung nicht verlangt werden dürfen, wenn er nach Lebenswandel und technischer Befähigung dazu geeignet scheint, d. h. mit anderen Worten: man will die Möglichkeit haben, dänischgesinnte und an deutschfeindlichen Agitationen theilnehmende Personen in das Amt eines Gemeindevorstehers zu bringen. Der zweite Antrag ist die Wiederholung eines früheren und fordert da, wo die Kirchensprache dänisch ist, auch den Religionsunterricht ausschließlich in dieser Sprache, und nebenbei, wenigstens zwei Stunden wöchentlich, Unterricht in der dänischen Sprache. Zur Unterstützung dieses Antrages wurde von einer Anzahl von Geistlichen aus Nordschleswig eine Petition an den Kultusminister gerichtet; letzterer wollte jedoch die Deputation, welche ihm die betreffende Adresse überreichen sollte, nicht empfangen und erklärte sich nur bereit, den an der Spitze der Bewegung stehenden Probst Neuter aus Broder persönlich zu empfangen. Dies geschah am 18. April, wobei Probst Neuter nach seinen jetzt von ihm selbst veröffentlichten Mittheilungen nicht im Zweifel darüber gelassen wurde, daß die Nothstände in Bezug auf Sprachenverhältnisse und Kirchenwesen, soweit solche wirklich beständen, nicht auf dem in der Adresse bezeichneten Wege beseitigt werden könnten; denn durch die Art der dänischen Agitation sei die Sache zu einer politischen Frage von Bedeutung gemacht worden. Der Anlauf, den die dänische Partei hier gegen das Deutschthum unternommen wollte, kann also als abgeschlagen gelten, wenn auch der Bittsteller die gute Zuversicht nach Hause genommen hat, daß nicht allein eine sorgfältige Prüfung der Lage erfolgen werde, sondern auch, daß in einer oder der anderen Weise der vorgetragenen Bitte wird Rechnung getragen werden.

**Frankreich.** In Frankreich ist die Belangung vor den Anarchisten und ihrer Dynamitpropaganda nach wie vor die größte Sorge der Regierenden. Der Unterrichtsminister Spuller wies am Sonnabend bei dem Empfang der Stadt-

vertretung von Poitiers nachdrücklich auf die Nothwendigkeit hin, daß sich die staatsverhaltenden Elemente vereinigen müßten, um wirksam an der Vertheidigung der heutigen Gesellschaftsordnung zu arbeiten. In Erwiderung auf eine Adresse der Geistlichkeit erinnerte der Minister an das von ihm in der Kammer gegebene Versprechen, in ausgedehntester Weise den Geist der Toleranz in den Beziehungen mit der Kirche zu pflegen, um Reibungen und Zwietracht zu vermeiden. — Inzwischen ist in Paris der Urheber der Explosion in der Rue Kleber in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag in der Person des Kellners oder Kammerdieners Toraincy verhaftet worden. Derselbe war schon einmal als Anarchist in Haft genommen; die Zeugen sollen ihn wiedererkannt haben.

**England.** Wir haben bereits erwähnt, daß die Lage der englischen Regierung keine sehr beneidenswerthe ist. Gestützt auf eine schwankende Mehrheit, die jeden Augenblick sich in das Gegentheil verwandeln kann, vermag sie keine Vorlage von größerer Tragweite und Wichtigkeit einzubringen, ohne fürchten zu müssen, daran Nöthlich Schiffbruch zu leiden. Daß dieser Zustand auf die Dauer unhaltbar ist, bedarf wohl keiner näheren Begründung. Gegenwärtig beträgt die liberale Regierungsmehrheit im Unterhause dem Namen nach 36, in der That ist sie aber, wie die letzte Abstimmung über den Haushaltsvoranschlag gezeigt hat, auf 14 herabgesunken. Zu dieser Abstimmung schreibt nun die liberalen Regierung allerdings nicht genuegte konservative „Morning Post“: Die Abstimmung hat nicht nur das Schicksal des Haushaltes, sondern auch das des Ministeriums besiegelt. Gestern ist die Bill einer Katastrophe entgangen, wir stehen aber erst am Anfang der Katastrophe, die Schwierigkeiten beginnen bei der Einzelberatung. Niemand hat das Schicksal des Ministeriums beschleunigen wollen, aber seine Untüchtigkeit und seine leeren Ueberhebungen sind zum öffentlichen Aergerniß geworden. Ganz ähnliche Schüsse zieht der „Standard“, und auch die „Times“ sagt: „Wöge Sir William Harcourt und eine Krisis genieschen lassen, welche das Fallen der Regierungsmehrheit auf 14 anzeigt. Wöge Jeder wissen, wie es eigentlich mit uns steht!“

**Indien.** Zur Lage in Indien hält der „Spectator“ die Behauptung aufrecht, daß sich dort etwas vorbereite, und fordert dringend auf, sich nicht der Sicherheit hinzugeben. Auch der „Speaker“ und der „National Observer“ sind der Ansicht, daß etwas nicht stimmt und daß sehr bemerkbare Symptome der Unzufriedenheit vorhanden sind. Der heute in Calcutta erscheinende „Englisman“ veröffentlicht einen Brief aus Behar, einem Ort, in dessen Umgebung Mangobäume bestrichen wurden. Diese Prozedur wird darin als Mittel bezeichnet, um Massen zu veranlassen, sich an den heiligen Cisternen von Jandpur zu versammeln, wo nach dem Glauben des Volkes die Götter ein Orakel hinsichtlich des Schuges der Kühe und der Vertreibung der europäischen Indigopflanzler in Behar geben werden. Der Brief sagt ferner, man glaube, daß schon ein Versuch gemacht worden sei, eine heimische Organisation zur Vertreibung der Pflanzler zu bilden.

**Amerika.** Der Jahresbericht der deutschen Gesellschaft der Stadt New-York enthält über die Ausichten auf Anstellung und Erwerb in den Vereinigten Staaten folgende für Auswanderungslustige beherzigenswerthe Stelle: Wirkliche Landarbeiter ausgenommen, welche im Frühjahr und Sommer in den westlichen Staaten zeitweise auf Arbeit rechnen dürfen, können wir keinem Arbeitssuchenden Hoffnung